

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: DDR-Löhne - Mietrecht - USA - Schengener Abkommen - Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1990) : Kurz kommentiert: DDR-Löhne - Mietrecht - USA - Schengener Abkommen - Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 7, pp. 333-334

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136652>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## DDR-Löhne

### Gefährliche Vorbelastungen

---

Das, was vor allem von seiten der Bundesbank im Frühjahr befürchtet worden war, ist rasch eingetreten. Direkt nach dem Beginn der Währungsunion sind die Löhne in der DDR trotz der Umstellung 1:1 auf recht breiter Front in Bewegung geraten. So wurde für die Chemieindustrie ein Aufschlag von 35% auf die Grundlöhne und -gehälter vereinbart – zusätzlich zu Rationalisierungsschutz und Förderung von Bildungsmaßnahmen. In der Metallindustrie wird in der Region Sachsen-Anhalt nach einem Arbeitgeberangebot von pauschal 250 DM monatlich und Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen für zwölf Monate derzeit noch weiterverhandelt.

Am Beginn des äußerst komplizierten Anpassungsprozesses der DDR-Industrie an marktwirtschaftliche Bedingungen stellt eine derart kräftige Erhöhung der Arbeitskosten eine schwere Vorbelastung dar. Sie wird angesichts aktueller Liquiditätsschwierigkeiten in wichtigen Zweigen der Industrie, auch im Metallbereich, zunächst ein hohes Maß an Kurzarbeit nach sich ziehen. Außerdem wird sie wahrscheinlich Betriebe aus dem Markt drängen, die bei niedrigeren Lohnkosten lebensfähig wären; die Arbeitslosigkeit wird verstärkt steigen.

Nicht zuletzt mindern hohe Tarifabschlüsse die Attraktivität der DDR als Standort. Das Vertrauen von Investoren aus der Bundesrepublik und aus anderen Ländern wird nun noch schwerer zu gewinnen sein als bisher. Dringend geboten ist – und dies gilt besonders für Problembranchen wie Textil und Bekleidung sowie Nahrungsmittel – vorerst große Zurückhaltung an der Lohnfront. Die Industrie der DDR benötigt Zeit für Konzepte und konkrete Schritte zur Anpassung, unter anderem für Kostensenkungen in der Produktion und Änderungen der Produkte. Lohn- und Gehaltsanhebungen sollten nicht pauschal erfolgen, sondern am Produktivitätsfortschritt orientiert werden. Erforderlich ist eine stärkere Differenzierung der Entgelte nach Qualifikationen und Regionen. sp

---

## Mietrecht

### Verwunderliche Vorschläge

---

Die dramatische Anspannung auf den Wohnungsmärkten in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik hat beim Bund und einigen Ländern jüngst wieder Forderungen nach einer Verschärfung des Mietrechts laut werden lassen. So soll die Begrenzung von Mietpreiser-

höhungen auf 30% innerhalb von drei Jahren auf künftig 15% halbiert werden. Die Vergleichsmieten sollen nach diesen Vorschlägen aus den Mieten der letzten zehn statt bisher drei Jahre ermittelt werden. Bei neuen Mietverträgen ist der Preisanstieg auf einen Zuschlag von 5% auf die Vergleichsmiete zu begrenzen, wovon die Mietfestsetzung bei neugebauten Wohnungen allerdings ausgenommen werden soll.

Angesichts des zunehmenden Nachfrageüberhangs am Wohnungsmarkt und seiner Ursachen verwundert es, daß nun ausgerechnet eine investitionshemmende Verschärfung des Mietrechts diskutiert wird. Die in der Bundesrepublik seit langem wachsende Zahl der Haushalte bei anhaltendem Wunsch nach größeren und besser ausgestatteten Wohnungen und die seit mehreren Jahren rollende Aus- und Übersiedlungswelle sollten Anlaß genug bieten, alle Kräfte zu bündeln, die zu einer Ausweitung des Wohnungsangebots führen. Dazu gehören die Förderung sowohl privater Investitionstätigkeit als auch des sozialen Mietwohnungsbaus. Aber auch eine zügigere Ausweisung von Bauland durch die Gemeinden sowie eine weitere Entrümpelung staatlicher Bauvorschriften können zur erforderlichen Beschleunigung von Wohnungsbauvorhaben beitragen.

In dem Maße, in dem die jetzt eingetretene Anspannung auf den Wohnungsmärkten Folge der politisch zu verantwortenden Bevölkerungszuwanderung ist, muß von seiten der staatlichen Wohnungsbaupolitik alles getan werden, um die sozialen Folgekosten dieser Entwicklung zu entschärfen. hn

---

## USA

### Budgetprobleme

---

Der amerikanische Präsident ist von seinem Wahlversprechen „Keine neuen Steuern“ abgerückt. Mit dem Hinweis auf das Ausmaß des Budgetdefizits, das ohne Konsolidierungsmaßnahmen nach den neuesten Schätzungen im kommenden Haushaltsjahr mit mindestens 160 Mrd. Dollar nicht viel niedriger als im laufenden Jahr sein wird, sprach er von der Notwendigkeit von „Steuer-einnahmeerhöhungen“ – wohl hauptsächlich, um so den Weg für weitere Verhandlungen mit dem Kongreß freizumachen.

Das Gramm-Rudman-Gesetz, in dem für das Fiskaljahr 1990/91 eine Obergrenze von 64 Mrd. Dollar festgesetzt ist, schreibt die Verabschiedung eines Haushaltsplans bis Oktober vor. Gelingt dies nicht, treten bis zum Erreichen der Grenze automatische Kürzungen in Kraft,

auf deren Größenordnung und Verteilung weder der Präsident noch der Kongreß Einfluß nehmen können.

Schon deshalb muß allen Beteiligten ein Fortschritt in den Budgetverhandlungen wichtig sein. Gleichwohl wird die Konzentration der Diskussion auf die Erhöhung von Steuern zur Schließung der aktuellen Deckungslücke dem Ernst der Lage nicht gerecht – zumal dieses Thema schon wegen der im Herbst anstehenden Kongreßwahlen extrem politisiert wurde. Vielmehr legt der eklatante Fehlschlag der bisherigen Konsolidierungsstrategie eine grundlegende Reform des Budgetprozesses nahe. Insbesondere in der derzeitigen labilen Konjunkturlage ist eine neue mittelfristige Haushaltskonzeption dringlich, die die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik wiederherstellt und damit auch eine wichtige Bremse für niedrigere Zinsen löst. Regierung und Kongreß sind deshalb jetzt zu mehr als vagen Lippenbekenntnissen aufgefordert. cb

---

### Schengener Abkommen Pilotfunktion

---

Am 19. Juni konnten endlich die Unterschriften unter den Schengener Vertrag zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und den Beneluxländern gesetzt werden, der primär der Aufhebung der Personenkontrollen an der Grenze zwischen diesen Ländern dienen soll. 1985 hatte man sich grundsätzlich auf diese Zielsetzung geeinigt. Vielfältige Schwierigkeiten verhinderten jedoch, daß die für den 1. 1. 1990 vorgesehene Aufhebung der Grenzkontrollen in Kraft treten konnte. Maßgeblich dafür waren unter anderem daten- und steuerschutzrechtliche Fragen, dazu kam Ende letzten Jahres das Problem der Einbeziehung der DDR-Bewohner. Diese Fragen konnten gelöst werden, so daß nach der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente das Abkommen wohl im nächsten Jahr – also schon vor Vollendung des Binnenmarktes – in Kraft treten kann.

Trotz der Zufriedenheit über die Einigung dürfen einige heikle Punkte nicht übersehen werden: So sind die Auswirkungen auf die Beantragung und Gewährung von Asylrecht in den beteiligten Ländern noch nicht ganz abzusehen; fraglich ist, ob die Niederlande ihre Drogenpolitik im Rahmen des geschaffenen Informationsverbundes aufrecht erhalten können; und umstritten sind auch die Amtshilfe-Sonderregelungen für Luxemburg bei Steuerdelikten. Zudem handelt es sich nur um ein Regierungsabkommen zwischen fünf EG-Staaten, ein Abkommen, das, wie das Europäische Parlament monierte, an der Gemeinschaft vorbei konzipiert

wurde. Angesichts der Einigungsschwierigkeiten schon zwischen den fünf zur Ursprungs-EG gehörenden Ländern hätte aber eine Zwölferregelung, so wünschenswert sie auch wäre, wohl keine Realisierungschance in absehbarer Zeit gehabt. Der hier verfolgte Ansatz einer „abgestuften Integration“ mit der Pilotfunktion einiger Länder scheint daher durchaus zweckmäßig. kr

---

### Entwicklungshilfe Frustrierendes Bild

---

Die jetzt vom Entwicklungshilfesausschuß der OECD vorgelegten Daten über den Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer geben wenig Anlaß zu Genugtuung. Die Leistungen der Geber „dümpeln“ vor sich hin. Allenfalls in nominaler Sicht lassen sich für 1989 nach Abzug der Rückflüsse noch leichte Zuwächse gegenüber 1988 registrieren. Preis- und wechselkursbereinigt liefert die DAC-Bilanz ein insgesamt frustrierendes Bild rückläufiger Transfers. Das gilt besonders für die öffentliche Entwicklungshilfe, die gegenüber 1988 um 2% zurückging. Vom 0,7%-Ziel war die Gebergemeinschaft 1989 mit 0,33% des BSP noch weiter entfernt als im Vorjahr (0,36%).

Und die Perspektiven? Allein Japan, das die USA 1989 erstmals als bedeutendster Geber ablöste, hat eine massive Aufstockung seiner Mittel angekündigt. Die meisten anderen Geber dürften nicht ohne weiteres zu einer spürbaren Aufstockung ihrer Hilfe – weder für die ärmsten noch für die hochverschuldeten Entwicklungsländer – bereit sein. Mit den Veränderungen in Ost-europa hängen die „Früchte der Entwicklungshilfe“ heute deutlich höher. Jedoch dürfte die Milliardenhilfe für den Osten weder – wie jetzt vielfach befürchtet wird – den bisherigen Umfang des Ressourcentransfers in den Süden gefährden noch seine Ausweitung grundsätzlich in Frage stellen. Die Bereitschaft der Geber zu hohen finanziellen Engagements im Osten wird nicht alleine durch politische Prioritäten, sondern – wie die auf dem jüngsten Weltwirtschaftsgipfel diskutierte Hilfe für die UdSSR zeigt – ganz entscheidend auch durch den Reformwillen der Empfängerländer bestimmt.

In der Hilfe für den Osten sollten die Entwicklungsländer daher nicht so sehr ihre Vernachlässigung sehen, sondern vielmehr positiv die Bereitschaft der westlichen Industrieländer erkennen, ernst gemeinte und substantielle politisch-wirtschaftliche Reformen auch finanziell zu honorieren. Im übrigen sind und bleiben die Eigenanstrengungen und nicht die Hilfen von außen der eigentliche Entwicklungsmotor. bo